

Dr. Klaus J. Becker

Kleine Geschichte der Schifferstädter SPD

1. Von den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie

Die Frühgeschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist verknüpft mit der Industriellen Revolution in Deutschland: Zwar entstand bereits 1784 die erste mechanische Baumwollspinnerei in Ratingen; den industriellen Durchbruch ermöglichte aber erst 1834 der Deutsche Zollverein, der ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet schuf, das den deutschen Unternehmen schlagartig neue Absatzmärkte und Wachstumschancen eröffnete, aber auch Konkurrenzdruck; schon ein Jahr später verkehrte die erste Dampfeisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth und war ab sofort der Führungssektor der Industriellen Revolution in Deutschland. 1844 erfolgte in Schlesien mit dem Weberaufstand die erste größere proletarische Erhebung, die sich gegen Lohnkürzungen und über alle erträglichen Maße hinaus gehende Arbeitszeitverlängerungen wandte. Entsprechend verkündete auch zu Beginn des Jahres 1848 Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ einen langanhaltenden Klassenkampf zwischen den Besitzern der neuen industriellen Produktionsmittel, der Bourgeoisie und den modernen Lohnarbeitern, den Proletariern, die nach seiner Auffassung nichts als ihre Ketten zu verlieren, aber durch die kommunistische Revolution eine Welt zu gewinnen hätten. Tatsächlich beteiligten sich diese modernen Lohnarbeiter dann auch 1848/49 in der „Deutschen Revolution“ aktiv am Kampf des Bürgertums um eine Demokratisierung Deutschlands und schufen sich erste eigene Organisationszusammenhänge. Der Sieg der reaktionären Kräfte 1849 brachte dann aber nicht nur deren Verbote mit sich, sondern auch erfolglose Streiks in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Beides verstärkte jedoch anschließend das erneute Streben der noch jungen Arbeiterbewegung nach organisatorischen Zusammenschlüssen in eigenen Arbeitervereinen und -parteien. Ausdruck fand dies 1863 in dem von Ferdinand Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – ADAV“, der sich 1868 auch eine gewerkschaftliche Organisation gab. Dies war aber auch eine Abwehrreaktion auf den „Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine – VDAV“, der 1868 ebenfalls zur Gründung von Gewerksgenossenschaften aufrief und für den August Bebel bereits ein Musterstatut entwickelte, dem die gewerkschaftlichen Organisationen im wesentlichen noch heute folgen. Politisch organisierten sich die Anhänger Bebels 1869 in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands – SDAP“. 1875 schlossen sich der ADAV und die SDAP in der „Sozialistischen Arbeiterpartei – SAP“ zusammen. Der nun vereinigten Arbeiterbewegung versuchten die Herrschenden erstmals am 21. Oktober 1878 durch ein Organisationsverbot – „Sozialistengesetz“ – entgegenzutreten, das aber die aufwärtsstrebende Selbstorganisation der Arbeiter nicht mehr zerschlagen konnte. Das Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurde am 30. September 1890 vom Reichstag nicht mehr verlängert. Zuvor hatte die Streikwelle von 1889/90 und 1.427.000 Wähler für die SAP bei der Reichstagswahl im Februar 1890 (gegenüber 437.000 Stimmen bei den Wahlen von 1878) eindrucksvoll bewiesen, dass die durch das Sozialistengesetz beabsichtigte Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung gescheitert war.

2. Der lange Weg bis zur Konstituierung: Die Schifferstädter Sozialdemokraten vor 1891

Die Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ 1890 ermöglichte den Sozialdemokraten ein offenes Auftreten auch im stark katholisch geprägten Schifferstadt. Am 12. Mai 1891 wurde Jakob Imo I. zum Vorsitzenden, Balthasar Müller I. zu seinem Stellvertreter, Mathäus Bender zum Kassierer, Martin Schmitt zum Schriftführer sowie Georg Mattern, Ludwig Schwind II. und

Michael Tavernier zu Beisitzern des sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlvereins gewählt. „Rote“ gab es freilich schon viel früher in Schifferstadt: Elisabeth Alschner hat bereits für 1873 einen Arbeiter-Fortbildungsverein in Schifferstadt recherchiert. Auch der Gründungsvater der pfälzischen Sozialdemokratie, Franz Josef Ehrhart, bezog schon 1874 die Gemeinde in seine Agitation mit ein. Bei der Reichstagswahl am 10. Januar 1877 votierten erstmals drei Schifferstädter für die Sozialdemokraten – bei der Neuwahl am 30. Juli 1878 schon 24. Vorangegangen war ein Wahlkampfauftritt des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten August Dreesbach, der am 9. März 1878 zum Thema: „Schäden der Tabaksteuer“ gesprochen hatte. 300 Zuhörer hatten seinen Ausführungen gelauscht. Drei Jahre später votierten bereits 99 Schifferstädter für Dreesbach – eine besorgniserregende Steigerung, die eine genauere Kommentierung durch die Gendarmeriestation Speyer erforderlich machte: „Die Personen, die dieser (sozialdemokratischen) Richtung huldigen, arbeiten in Ludwigshafen und kommen täglich nach Schifferstadt nach Hause. (...) Diejenigen, die Dreesbach gewählt haben, sind Bahnwart- und Fabrikarbeiter.“ Ein Jahr später gingen die Schifferstädter Sozialdemokraten an den Organisationsaufbau – freilich erzwang das „Sozialistengesetz“ kreative Umwege: Statt eines sozialdemokratischen Wahlvereins wurde eine Kranken- und Sterbekasse der Tischler gegründet, die von der Obrigkeit schnell „sozialdemokratischer Tendenzen“ verdächtigt wurde. Nicht umsonst, schließlich lud die „Centrale Sterbe-, Kranken- und Unterstützungskasse“ am 27. Juli 1884 August Dreesbach und Franz Josef Ehrhart nach Schifferstadt ein, um vor 80 Zuhörern „öffentlich“ politische Themen zu erörtern. Einen Tag vor der Reichstagswahl am 28. Oktober 1884 nutzten die Schifferstädter Sozialdemokraten eine Wahlveranstaltung der Linksliberalen, bei der auch Franz Josef Ehrhart anwesend war, zur Verteilung sozialdemokratischer Druckschriften. Mit großem Erfolg, wie 260 Wählerstimmen am nächsten Tag belegen. Als bei der Stichwahl am 10. November 1884 gar 550 Schifferstädter für August Dreesbach votierten, war aus Sicht des wilhelminischen Obrigkeitsstaates das Maß voll: Der „Tischlerverein“ wurde zum politischen Verein erklärt und nach Maßgabe des Sozialistengesetzes von Amts wegen aufgelöst, „die ehemaligen Genossen erhielten empfindliche Strafen“. Auch 1885 wurde eine Veranstaltung zum Arbeitsschutzgesetz in Schifferstadt verboten. Maßnahmen die offensichtlich ihre Wirkung zeigten: Zumindest war das Reichstagswahlergebnis vom 21. Februar 1887 für die Sozialdemokratie in Schifferstadt deutlich rückläufig: Nur 77 Männer – Frauen waren bis 1918 nicht wahlberechtigt – stimmten für den Kandidaten Franz Josef Ehrhart. Drei Jahre später sah dies schon wieder ganz anders aus: Bei der Reichstagswahl am 5. Januar 1890 votierten 161 Schifferstädter für Ehrhart – in Ludwigshafen z.B. waren die Sozialdemokraten die mit Abstand stärkste Partei. Das „Sozialistengesetz“ war nicht mehr haltbar und bereits im November 1890 konnte die SPD in Schifferstadt eine „stark besuchte Volksversammlung“ durchführen. Eine weitere öffentliche Vollversammlung der Sozialdemokraten erfolgte am 3. Mai 1891 in Schifferstadt – der 1. Mai war noch kein Feiertag, so dass „Der Tag der Arbeit“ am darauffolgenden Sonntag begangen werden musste. Die nachfolgende Konstituierung des sozialdemokratischen Wahlvereins am 12. Mai 1891 war wohl nur eine Formsache. Immerhin 60 Schifferstädter traten ihm bei, um „den Interessen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen“.

3. Die schwierige Etablierung: Die Schifferstädter SPD zwischen 1891 und 1901

Am 14. August 1891 löste Martin Schmitt, der als eigentlicher Motor der Parteigründung gilt, Jakob Imo I. als Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlvereins ab. Während der Etablierungsphase musste offensichtlich zunächst das Verhältnis zum in Schifferstadt dominierenden katholischen Milieu geklärt werden. Hierzu gehörten auch kirchenkritische Töne, wie sie z.B. Franz Josef Ehrhart am 30. August 1891 in Schifferstadt vortrug, als er offen kritisierte, dass die Kirche ungewollt Schwangere im Stich lasse. Auch eine weitere

SPD-Veranstaltung: „Das Christentum und die Sozialdemokratie“ am 3. April 1892 deutet auf einen Klärungsbedarf hin. Auch der nur geringe Stimmenzugewinn (plus 21 Stimmen) bei der Reichstagswahl am 15. Juni 1893 belegt die noch nicht vollständige Akzeptanz der Sozialdemokraten unter der Schifferstädter Arbeiterschaft. Zum Bruch kam es am 1. November 1894, als unter der Führung des bisherigen Kassierers des sozialdemokratischen Wahlvereins ein „Deutscher Hilfsverein“ gegründet wurde, dem 69 der 84 SPD-Mitglieder in Schifferstadt beitraten. In den Vorversammlungen hatte u.a. der Wahlvereinsvorsitzende Martin Schmitt durch Störaktionen, wie das Absingen sozialdemokratischen Liedguts, die Gründung des Konkurrenzvereins zu verhindern gesucht. Neben einem Streit über die Höhe der Abführung der Mitgliedsbeiträge an die pfälzische Parteiführung war auch die kirchenkritische Distanz von Franz Josef Ehrhart u.a. bei den Schifferstädter Arbeitern nicht ohne Widerspruch geblieben. Die Etablierung der SPD in Schifferstadt war damit erst einmal gescheitert. Doch bereits am 2. Februar 1896 wagte man einen Neubeginn: Den Vorsitz des sozialdemokratischen Wahlvereins übernahm nun Philipp Krug – Martin Schmitt fungierte als Schriftführer und Jakob Imo I. als Beisitzer. Agitatorisch ging man vorsichtiger zu Werke: Neben Veranstaltungsthemen wie der „Bauernstand und die Sozialdemokratie“ wurde z.B. auch bei der Maifeier 1897 betont, dass die Sozialdemokratie die Religionsfreiheit anerkenne. Realpolitik die sich auszeichnete: 251 Schifferstädter Stimmen für Franz Josef Ehrhart trugen am 16. Juni 1898 mit dazu bei, dass der Führer der Pfälzer Sozialdemokraten im Wahlkreis Frankenthal-Ludwigshafen-Speyer erstmals in den Reichstag gewählt wurde. Im März 1901 wurde der sozialdemokratische Wahlverein aufgelöst und in eine offizielle Ortsgruppe der SPD umgewandelt. Im Spätjahr des gleichen Jahres stellte sie jedoch ihre Aktivitäten ein.

4. Der sozialdemokratische Ortsverein zwischen 1902 und 1918

So brachte erst die fünfte Wiedergründung im Frühjahr 1902 die erforderliche Kontinuität für eine erfolgreiche sozialdemokratische Ortsvereinsarbeit. Ausdruck fand dies sowohl in einem deutlichen Stimmenzuwachs für Franz Josef Ehrhart bei der Reichstagswahl am 16. Juni 1903, als diesmal 422 Schifferstädter für den Sozialdemokraten stimmten als auch durch einen Mitgliederzuwachs beim Schifferstädter Ortsverein selbst, der 1904 bereits wieder 71 Mitglieder verzeichnen konnte. Auch bei der Reichstagswahl am 25. Januar 1907 konnte der Ortsverein mit 443 Wählerstimmen Zugewinne verzeichnen. Der eigentliche Durchbruch erfolgte jedoch bei der Kommunalwahl am 23. November 1909. Mit Peter Sold V., Josef Kolb III., Johannes Reeb II., Johannes Geibert II., Joseph Eckrich III. und Franz Anton Regner zogen gleich sechs Sozialdemokraten in den Schifferstädter Gemeinderat ein. Die neugewählten Gemeinderäte repräsentierten natürlich nicht nur den SPD-Ortsverein, sondern das gesamte sozialdemokratische Milieu zudem auch der schon 1896 gegründete „Freie Sportklub“ der Schwerathleten, der 1901 gegründete Zimmerstutzenklub „Herzold“, der 1903 gegründete Gesangsverein „Vorwärts“ oder die Zahlstelle Schifferstadt des Fabrikarbeiterverbandes gehörte. Seit dem 15. Mai 1908 durften sich auch Frauen den politischen Parteien anschließen – Marie Hölzel tat dies 1911 und war wohl die erste Sozialdemokratin in Schifferstadt. Stimmrecht bei öffentlichen Wahlen hatte sie damit allerdings noch nicht – entsprechend votierten bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich am 12. Januar 1912 wieder nur Schifferstädter Männer für die SPD: 523 an der Zahl. Die nächsten Kommunalwahlen wären für den 4. Dezember 1914 vorgesehen gewesen. Allerdings war das Deutsche Kaiserreich seit dem 1. August 1914 im Krieg mit seinen Nachbarn, sodass zum Wahltermin am 4. Dezember 1914 im Sinne des von der Mehrheit der SPD mitgetragenen „Burgfriedens“ lediglich eine formale Bestätigung der Zusammensetzung des Gemeinderates nach dem Wahlergebnis von 1909 erfolgte.

5. Die Schifferstädter SPD während der Weimarer Republik 1918-1933

Am Abend des 9. November 1918 wurden in allen größeren Städten der Pfalz Arbeiter- und Soldatenräte improvisiert. Auch in Schifferstadt übernahm ein Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat die Verantwortung. Ihm gehörten mit Franz Reichert und Michael Imo mindestens zwei Sozialdemokraten an. Allerdings beschloss die Vertreterversammlung der pfälzischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte am 21. November 1918 beim Eintreffen der französischen Besatzungsmacht ihre Selbstauflösung als „revolutionäres Organ“. Bereits zum 11. Dezember 1918 war die Pfalz vollständig von französischen Truppen besetzt. Entsprechend den eigenen Beschlüssen war damit die Rätebewegung in der Pfalz beendet und auch Schifferstadt wurde wieder von einem Gemeinderat geführt, dessen Mandatierung bereits 1909 erfolgt war. Das tatsächliche politische Stimmungsbild der Schifferstädter nach der Deutschen Revolution zeigt daher erst die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 auf. Erstmals hatten auch Frauen das Wahlrecht. Dies dürfte im Wesentlichen dazu beigetragen haben, dass in Schifferstadt das katholische Zentrum mit 1.905 Wählerstimmen knapp den ersten Platz vor den Sozialdemokraten mit 1.798 Wählerstimmen verteidigen konnte. Bei der am 18. April 1920 stattgefundenen Kommunalwahl erreichte das linke Lager sogar die Parität: Neben fünf Sozialdemokraten zogen drei Unabhängige Sozialdemokraten und zwei Vertreter der SPD-nahen Liste Limburgerhof in den zwanzigköpfigen Gemeinderat ein. Nie zuvor und nie danach konnten Linksparteien in Schifferstadt die Hälfte der Ratssitze belegen. Allerdings bei der ersten Reichstagswahl am 6. Juni 1920 lag das katholische Zentrum mit 2.053 Wählerstimmen schon wieder deutlich vor Sozialdemokraten (997 Stimmen), Unabhängigen Sozialdemokraten (378 Stimmen) und Kommunisten (147 Stimmen). Ein Volksbegehren auf Auflösung des Gemeinderates stellte bereits 1922 auch auf der Gemeindeparlamentsebene die alten Verhältnisse wieder her: Die SPD unter dem Vorsitz von Gustav Süß erreichte nur noch drei Mandate – zwei gingen an die Schifferstädter KPD. Nachfolgend bildete die KPD in Schifferstadt für die SPD eine echte Konkurrenz und überflügelte sie bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 mit 1.208 gegen 456 Stimmen deutlich – Hintergrund war ein wilder Streik in der BASF gegen die Abschaffung des 8-Stunden-Tages, der zur Enttäuschung der Arbeiter von den Sozialdemokraten nicht mitgetragen wurde. Allerdings bereits bei der Neuwahl des Reichstags am 17. Dezember 1924 lag die Schifferstädter SPD mit 854 Stimmen wieder deutlich vor der KPD mit 562 Stimmen. Die zeitgleichen Gemeinderatswahlen brachten der SPD wieder drei Mandate ein – der KPD zwei. Die nachfolgende Stabilisierung der Weimarer Republik bestätigte die Führungsrolle der Sozialdemokraten unter der Schifferstädter Arbeiterschaft: Ausdruck fand dies mit 1.359 (29,6 %) Wählerstimmen für die SPD gegenüber 457 (10 %) für die KPD bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928. Das letzte Mal die KPD in der Weimarer Republik zu überflügeln, gelang der SPD bei der Gemeinderatswahl am 8. Dezember 1929, als die Schifferstädter SPD sich erneut drei Mandate sicherte – der KPD aber nur noch eines zufiel. Zeitgleich begann jedoch die Weltwirtschaftskrise. In den protestantisch geprägten Regionen der Pfalz läutete sie den Aufstieg der NSDAP ein – katholisch geprägte Arbeitslose aus dem Arbeitermilieu sahen dagegen ihr Heil eher bei der KPD. Entsprechend lag bei der Reichstagswahl am 30. September 1930 die KPD mit 919 (20,3 %) Stimmen deutlich vor der SPD mit 744 (16,4 %). Die NSDAP, die in Schifferstadt erst 1931 eine kleine Ortsgruppe etablierte, kam gerade auf 373 (8,2 %) Stimmen, während das katholische Zentrum mit 2.077 (45,8 %) nach wie vor das Großdorf dominierte. Im Gegensatz zum Reich war die Demokratie in Schifferstadt also 1930 noch nicht gefährdet. Dank des hohen Anteils von Zentrumswählern änderte sich dieses Bild auch nicht bei den Wahlen 1932, also auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise – allerdings verlor die SPD weiter zugunsten der KPD: Am 31. Juli 1932 kam sie auf 10,7 % und bei den letzten freien Wahlen am 6. November 1932 auf 11,5 %.

6. Die Schifferstädter SPD unterm Hakenkreuz 1933 bis 1945

Die Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 versetzte der schon seit 1930 in Agonie befindlichen Republik den Todesstoß. Bereits am 1. Februar 1933 wurde der Reichstag aufgelöst. Frei war die angesetzte Neuwahl nicht mehr: Zwar konnte am 23. Februar 1933 die von Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Arbeitersportlern gebildete Eiserne Front auch in Schifferstadt noch einmal demonstrieren, aber schon eine Woche später drohte die örtliche Gendarmerie der SPD mit Versammlungsauflösung, als ein Redner die neue Reichsregierung kritisierte. Der KPD war schon ab dem 28. Februar kein legales Auftreten mehr möglich. Entsprechend waren 590 Schifferstädter Stimmen für die Sozialdemokraten auch ein letztes Zeichen von Bekennermut zur parlamentarischen Demokratie. Nach dem für die Nationalsozialisten enttäuschenden Wahlausgang (nur 26,8 % der Schifferstädter votierten für die NSDAP) setzte die Welle des offenen Terrors der SA-Formationen ein. Unmittelbar nach dem Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Eisernen Front und der Sozialistischen Arbeiterjugend begannen auch in Schifferstadt die Hausdurchsuchungen. Am 11. März 1933 wurden die drei SPD-Gemeinderäte in „Schutzhaft“ genommen und ins Amtsgericht nach Speyer verbracht. Nach der Verkündung des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde auch in Schifferstadt der Gemeinderat entsprechend dem Reichstagswahlergebnis vom 5. März 1933 neu zusammengesetzt: Die SPD nominierte Wilhelm Bünnagel und Georg Weihnacht II. für dieses Gremium, aber mitarbeiten durften sie nicht mehr. Am 2. Mai erfolgte das Verbot der Gewerkschaften und aller „marxistischen“ Vereine: Betroffen in Schifferstadt waren u.a. der Arbeitersamariterbund, der Schützenklub „Herold“, der 1. Freie Fußballverein, das Freie Sportkartell, der Freie Sportklub und der Verein für Turnen, Sport und Rasenspiele. Am 22. Juni 1933 erfolgte das Verbot der SPD – Wilhelm Bünnagel und Georg Weihnacht II. wurden verhaftet. Ab jetzt war nur noch „Widerstand auf kleiner Flamme“ möglich – das Zerstören von NSDAP-Plakaten anlässlich der nach dem Einparteienprinzip durchgeführten Reichstagswahl vom November 1933 durch Mitglieder des Volkschors zeugte von Todesmut. In der Regel blieb es jedoch bis zur Befreiung 1945 beim persönlichen Vier-Augen-Gespräch unter Genossen. Jedoch jeder der sich auf seine Weise dem NS-Staat verweigerte, verdient unsere Anerkennung.

6. Der schwierige demokratische Neubeginn 1945 bis 1949

Obwohl die Pfälzer bereits im März 1945 von den Amerikanern befreit wurden, mussten auch die Schifferstädter Sozialdemokraten bis zum 13. Dezember 1945 warten, bis Frankreich als letzte der vier Besatzungsmächte mit der Verordnung Nummer 23 die Wiedegründung von Parteien in seiner Besatzungszone gestattete. Nach einem längeren Verwaltungsprozedere konnte die SPD ab dem 6. Februar 1946 auch in Schifferstadt wieder offen auftreten. Georg Weihnacht übernahm wieder die Führung des Ortsvereins. Zu einem ersten Gradmesser nach zwölf Jahren Verfolgung wurde für die Schifferstädter Sozialdemokraten die Gemeinderatswahl vom 15. September 1946: Dabei konnte die SPD sich mit 22,7 % und fünf Ratssitzen zwar wieder deutlich vor der KPD (12,2 %) als führende Arbeiterpartei platzieren; auch wurde Johannes Reeb zum Beigeordneten gewählt – allerdings rund 65 % der Schifferstädter hatten für die neugegründete CDU votiert, die damit das Erbe des katholischen Zentrums antrat. Wie stark nun wieder der katholische Glaube die gesellschaftliche Entwicklung in Schifferstadt beeinflusste, machten die ersten rheinland-pfälzischen Landtagswahlen am 18. Mai 1947 deutlich: Dabei standen nämlich auch die rheinland-pfälzische Verfassung und die Wiedereinführung von Konfessionsschulen zur Abstimmung. Während sich SPD, KPD und pfälzische Liberale sowohl in der Ablehnung der Verfassung als auch der Konfessionsschulen einig waren, forderte die CDU die Wähler auf, beides zu

bejahen. Und wie zu erwarten, votierten 3.084 Schifferstadt für und 2.019 gegen die Verfassung. Für die Wiedereinführung der Konfessionsschulen stimmten 3.017 Wählerinnen und Wähler – 1.807 dagegen. Pfalzweit hatten jedoch 232.462 Wähler die Verfassung abgelehnt und nur 156.981 der Linie der CDU zugestimmt – die Ablehnung der Konfessionsschulen war sogar noch deutlicher mit 232.594 Stimmen gegen 134.663. Damit war klar, dass Schifferstadt auch in Zukunft ein schwieriges Pflaster für Sozialdemokraten sein würde. Wenig Veränderung ergab sich daher auch nach dem 14. November 1948, als die französische Besatzungsmacht in Rheinland-Pfalz erneut Kommunalwahlen durchführen ließ. Immerhin konnte die SPD aber einen deutlichen Anstieg auf 29,1 % der Wählerstimmen und zwei Mandatsgewinne verzeichnen. Dieser Erfolg wurde wohl zuungunsten der KPD (8,3 %) erzielt, während die CDU ihre bisherige absolute Mehrheit im Gemeinderat durch den Antritt der Wählergruppe Balzer verlor. Abschluss der demokratischen Konsolidierung war die Bundestagswahl am 14. August 1949, in die die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Kurt Schumacher mit großen Hoffnungen gegangen war. Die Mehrheit der Schifferstädter votierte jedoch für Konrad Adenauer (4.523 Wähler) – das Ergebnis für Schumachers Partei war mit 1.573 Stimmen etwas bescheidener.

7. Sozialdemokraten in der Stadt Schifferstadt 1950-1968

Am 1. Oktober 1950 erhielt Schifferstadt das Stadtrecht. Die erste Stadtratswahl erfolgte am 9. November 1952 und war für die hiesige SPD ernüchternd. Erstmals seit 1946 stagnierte sowohl die Prozent- (29,2 %) als auch die Mandatszahl (sieben). Hingegen konnte die CDU die 1948 verlorene absolute Mehrheit zurückgewinnen: Zudem war die FDP nun im Stadtparlament vertreten; letztmals dagegen die KPD. Da diese jedoch am 17. August 1956 als verfassungswidrig verboten wurde, stand bei der Neuwahl des Stadtrats am 11. November 1956 in Schifferstadt mit der SPD nur noch eine Arbeiterpartei zur Auswahl. Allerdings war der Zugewinn für SPD mit 1,3 % und einem Mandat deutlich unter dem bisherigen KPD-Potential in Schifferstadt. Da gleichzeitig aber auch die Wahlbeteiligung deutlich gestiegen war, hatten sich deren Sympathisanten wohl andere Alternativen gesucht – denn selbst die CDU konnten ihre absolute Mehrheit im Stadtrat auf 53,6 % ausbauen. Die Stagnation sozialdemokratischer Ergebnisse vollzog sich allerdings bundesweit, so dass in der Partei eine selbstkritische Diskussion über ihre Zukunft begann. Sie musste sich neue Wählerschichten erschließen, um endlich auch im Bund Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Mit dem „Godesberger Programm“ reagierte die SPD 1959 auf den gesellschaftlichen und politischen Wandel. Die Unvereinbarkeit ihrer Ziele mit den Ideen des Kommunismus unterstrich die SPD auch farblich: Das Rot der Arbeiterbewegung hatte nun ausgedient, fortan prägte das „Godesberger Blau“ auch die Plakate, Broschüren und Mitgliedsausweise der Partei in Schifferstadt. Freilich der große Sprung nach vorne vollzog sich auch nach Godesberg in Schifferstadt noch nicht – vielmehr ergab die weiter gestiegene Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl am 23. Oktober 1960 prozentual sogar einen kleinen Rückgang und auch die Zahl der Mandate verweilte bei acht, während die konkurrierende Volkspartei ihre absolute Mehrheit weiter ausbaute. Neben dem inhaltlichen Wechsel war offensichtlich auch ein personeller Neubeginn unvermeidlich – diesen vollzog die SPD auf der Bundesebene im November 1960 mit der Wahl von Willy Brandt zum Parteivorsitzenden. Mit diesem bundespolitischen „Zugpferd“ gelang es bei der Kommunalwahl am 25. Oktober 1964 erstmals wieder seit 1948 die CDU in Schifferstadt auf hohem Niveau abzubremsen, während sich die Sozialdemokraten auf eine neue Höhe von 32,7 % steigern konnten.

8. Alte und neue Mehrheiten im neuen Landkreis: Die Schifferstädter SPD 1969-1989

Mit der Auflösung der bisherigen fünf Regierungsbezirke vollzog sich ab dem 1. Oktober 1968 die Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur

die Neuwahl des Stadtrates verschoben, sondern der bisherige Landkreis Speyer zum 31. Mai 1969 aufgelöst. Die Stadt Schifferstadt wurde mit dem 1. Juni 1969 dem neuen Landkreis Ludwigshafen zugeschlagen. Der neue Kreistag wurde am 8. Juni 1969 gemeinsam mit der ausstehenden Stadtratswahl gewählt. In Schifferstadt selbst blieb alles beim Alten: Bei einer weiter gestiegenen Wählerzahl hatte die SPD prozentual leichte Verluste und kam auf 31,5 %, während die CDU mit diesmal 54,8 % weiter das Kommunalgeschehen majorisierte. Allerdings konnten sich die Schifferstädter Sozialdemokraten damit trösten, dass nach dem 28. September 1969 die Bundesrepublik Deutschland mit Willy Brandt erstmals von einem Sozialdemokraten regiert wurde. Jedoch folgte auf dessen triumphale Wiederwahl 1972 die Ölkrise und der damit verbundene Wirtschaftsabschwung war eine denkbar schlechte Voraussetzung für ein gutes SPD-Wahlergebnis in Schifferstadt bei der Kommunalwahl am 17. März 1974. Freilich der Absturz auf 21,8 % der Wählerstimmen war selbst für die einiges gewohnten Schifferstädter Sozialdemokraten ein Schock. Am 6. Mai 1974 folgte Helmut Schmidt Brandt als Bundeskanzler. Er leitete die ökonomische Konsolidierung der Bundesrepublik ein. In der Folge hatte dann auch die Schifferstädter SPD am 10. Juni 1979 wieder 29,1 % der Wählerstimmen und neun von 31 Ratssitzen auf ihrer Seite. Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Schmidt durch den Wechsel seines Koalitionspartners gestürzt. Parallel dazu betrat mit der neuen grünen Partei auch in Schifferstadt ein weiterer Konkurrent die politische Bühne – wieder keine guten Voraussetzungen für die Schifferstädter Genossen anlässlich der Kommunalwahl am 17. Juni 1984. Erstmals durften die Wählerinnen und Wähler innerhalb des Wahlzettels kumulieren. Genau 25,9 % taten dies auf dem Stimmzettel der SPD, die dadurch ein Ratsmandat verlor. Vier Jahre später waren die Sozialdemokraten aber schon wieder im Aufwind, da sich die stärkste Konkurrenz auf der Landesebene völlig zerstritten hatte. Zum kommunalpolitischen „Showdown“ kam es am 18. Juni 1989 als in Schifferstadt die CDU zum ersten Mal seit 1948 wieder die absolute Mehrheit verlor und durch eine Koalition von SPD (32 %), Grünen und FWG für fünf Jahre auf die Oppositionsbänke verwiesen wurde. Claudia Detroy wurde zur 1. Beigeordneten gewählt.

9. Von der Deutschen Einheit 1990 bis zur 120-Jahrfeier 2011

Die landespolitische Ablösung der CDU erfolgte am 21. Mai 1991 als mit Rudolf Scharping erstmals ein Sozialdemokrat zum rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Eigentlich also gute Voraussetzungen auch für Schifferstädter Sozialdemokraten, die sich am 12. Juni 1994 zur Wiederwahl stellten. Allerdings nutzten die Wählerinnen und Wähler diese Gelegenheit, um die holprig gestartete sozial-liberale Landesregierung abzustrafen. Für Schifferstadt bedeutete dies das „Comeback“ der CDU, die wieder die Hälfte der Gemeinderatssitze gewann, während die SPD mit 26,4 % deutliche Einbußen zu verzeichnen hatte und einen Ratsitz verlor. Mehr als ein Achtungserfolg für die SPD war dagegen die erstmalige Direktwahl des Bürgermeisters von Schifferstadt am 8. Mai 1995, als der Ortsvereinsvorsitzende Bernhard Johann den Christdemokraten Edwin Mayer in die Stichwahl zwang und dort nur mit 66 Stimmen Rückstand unterlag. Gelang den Sozialdemokraten in Schifferstadt also nur denkbar knapp nicht die Wachablösung, so wurde auf der Bundesebene mit Gerhard Schröder nach 16 Jahren am 27. Oktober 1998 wieder ein Sozialdemokrat Bundeskanzler. Auch diese zweite gute Ausgangsvoraussetzung für die Kommunalwahl 1999 wurde konterkariert, als die rot-grüne Bundesregierung am 24. März 1999 die wenig populäre „Ökosteuer“ verabschiedete. Das Ergebnis in Schifferstadt waren nur noch 22,2 % der Wählerstimmen und der Verlust von zwei weiteren Mandaten. Immerhin konnte unter den sieben Gewählten mit Stefan Tedesco das jüngste je in Schifferstadt gewählte Ratsmitglied über die Liste der SPD in den Stadtrat einziehen. Die so dokumentierte Offenheit und Innovationsbereitschaft der Schifferstädter SPD betonte auch der Ortsvereinsvorsitzende Ulrich Schwind in der zum 12. Mai 2001 anlässlich „110 Jahre SPD Schifferstadt“ erschienen Festschrift: „Wir müssen bereit sein, uns weiterzuentwickeln, uns

auch zu öffnen, für alle Menschen.“ Klare Aussagen hinter denen sich bei der Bürgermeisterwahl 2003 leider nur 850 Menschen sammelten. Auch das Kommunalwahlergebnis vom 13. Juni 2004 mit 14,1 % war kaum besser und mit dem gleichzeitigen rapiden Popularitätsverlust des sozialdemokratischen Bundeskanzlers erklärbar. Trotzdem geht die Schifferstädter SPD mit Optimismus ihrem 120jährigen Parteijubiläum am 12. Mai 2011 entgegen. Denn schon bei der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 konnten mit 17,7 % wieder sechs Mandate für die SPD errungen werden, die Monika Berg, Stefan Tedesco, Ulrich Schwind, Peter Kubina, Salim Sentürk und Bernhard Kukatzki innehaben. Der Ortsverein wird seit der Generalversammlung vom 16. März 2010 von Thomas Lorch geführt – seine Stellvertreter sind Ulrich Schwind und Sandra Wolke. Mit neu gestellten Weichen wird sich der Ortsverein weiterhin engagiert im fairen Wettstreit mit anderen Parteien für eine lebens- und liebenswerte Stadt, für eine demokratische, freie, soziale und menschliche Gesellschaft einsetzen.